



Dalheim, den 24. November 2012

Pressemitteilung der Piratenpartei Luxemburg

Geheimdienstaffären: Piraten fordern Untersuchungsausschuss!

Nachdem das Missmanagement im SREL immer weitere Bahnen zieht, spricht die Luxemburger Politik, sei es Regierung oder Opposition, nur mit der Presse. Das Parlament verkommt dabei immer mehr zum Nebenschauplatz. Die Piraten fordern endlich eine lückenlose Aufklärung durch einen öffentlichen parlamentarischen Untersuchungsausschuss um das Komplettersagen des Geheimdienstes und der parlamentarischen Kontrolle aufzudecken.

"Ein über dem Gesetz stehender Geheimdienst ist in einer Demokratie nicht akzeptabel! Die Details, die jetzt Stück für Stück über den SREL veröffentlicht werden, zeigen die jahrelange Inkompetenz der CSV geführten Regierungen!", erklärt Sven Clement, Präsident der Piratenpartei. Die Piratenpartei erinnert daran, dass sich der SREL nicht nur in der Bommeléeer und Juncker-Affäre bis auf die Knochen blamiert, sondern bereits im Rahmen von Wikileaks scheinbar ohne gesetzliche Kontrolle herumspioniert hat. "Wenn der Geheimdienst seine eigenen Dienstherren abhört, ohne jegliche Spur eines Auftrags, dann läuft alles schief, was in einem Rechtsstaat nur schief laufen kann." so Sven Clement weiter. "Jetzt ist es an der Zeit, alles im Rahmen eines Untersuchungsausschusses aufzuklären was schief gelaufen ist. Auch ist jetzt der Moment gekommen an dem sich Jean-Claude Juncker fragen muss, ob er weiterhin der politisch Verantwortliche der SREL bleiben kann. Schließlich scheint er den Geheimdienst nicht unter Kontrolle zu haben, wenn er bereits mindestens zwei Mal selbst überwacht wurde."

Die Piraten fordern vom Untersuchungsausschuss vor allem Antworten auf diese Fragen:

- Wieso wurde anscheinend erst jetzt die parlamentarische Kontrollkommission über das heimlich aufgezeichnete Gespräch von Premierminister Juncker und Großherzog Henri informiert?
- Wäre diese überhaupt darüber in Kenntnis gesetzt worden wenn die Presse nicht diese Woche über das mitgeschnittene Gespräch zwischen Ex-Geheimdienstchef Mille und Juncker berichtet hätte?
- Wer hat überhaupt angeordnet das Gespräch zwischen J-C. Juncker und dem Staatsoberhaupt aufzuzeichnen?
- Wurden noch weitere Gespräche im Rahmen der Bommeléeer-Affäre ohne Genehmigung aufgezeichnet?
- Ist es gängige Praxis Gespräche aufzuzeichnen? Wenn ja, wie viele werden im Durchschnitt jährlich aufgezeichnet?

"Schlussendlich muss man sich die Frage stellen, ob man einen Geheimdienst überhaupt mit Hilfe einer parlamentarischen Kommission überwachen kann.", so Clement abschließend.